

Jugend zwischen Prekarität und Aufruhr: Zur sozialen Frage der Gegenwart

Carsten Keller* und Franz Schultheis**

1 Einleitung

Anfang der 90er Jahre stellten Francois Dubet und Didier Lapeyronie (1992) die These auf, dass die neue soziale Frage soziale Ausgrenzung heiße und in den tristen, räumlich und sozial abgehängten Großsiedlungen am Rand der französischen Städte ihr Gesicht habe. Eine damals gerade angestoßene Welle an Unruhen in den Vorstädten um Lyon und Paris verlieh dieser Diagnose Nachdruck und lieferte die augenscheinliche Evidenz dafür, dass die neue soziale Frage Konflikt- und auch Protestpotential in sich birgt. In den «violences urbaines»¹ standen die, durch die französische Polizei repräsentierten, «ins» den gesellschaftlichen «outs», überwiegend Jugendliche mit nordafrikanischem Migrationshintergrund, in einem Konflikt gegenüber, der nach Dubet und Lapeyronie ebenso wenig noch etwas mit dem Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit wie mit den klassischen sozialen Bewegungen zu tun hatte (vgl. auch Dubet, 1987).

Die periodische Wiederkehr und die Steigerung der unerwartet starken, räumlich und zeitlich ausgedehnten Ausschreitungen in den französischen Vorstädten im Herbst 2005 verleihen der Frage nach deren Analyse und Interpretation nachhaltige Relevanz. Handelt es sich bei diesem vielschichtigen Phänomen sozialer Ausgrenzung und eskalierender Konflikte, bei dem sich soziale, ethnische, räumliche und politische Dimensionen überlagern, tatsächlich um die zeitgenössische Form der sozialen Frage, wie es Dubet und Lapeyronie weitsichtig diagnostizierten? Bezieht sich die soziale Frage entsprechend heute vor allem auf die junge Generation und die Nachkommen

* Chercheur/Forscher, Centre Marc Bloch, Schiffbauerdamm 19, D-10117 Berlin, carsten.keller@cmb.hu-berlin.de

** Prof. Dr. Franz Schultheis, Universität St. Gallen, Fachbereich Soziologie, Tigerbergstr 2, CH-9000 St.Gallen, franz.schultheis@unisg.ch

1 Wenn die Autoren sich hier wie andersorts dafür entscheiden, französische Konzepte zur Benennung spezifischer französischer Verhältnisse zu verwenden, so rührt dies aus einer grundlegenden Crux der interkulturell vergleichenden Betrachtung her, bei der ein fremder Blick auf historische Besonderheiten diese allzu voreilig qua sprachlich zwar korrekter Übersetzung (städtische Gewalt) in den eigenen Diskurs assimiliert, hierbei jedoch schlicht vergessen lässt, dass dieser Begriff unter den Bedingungen diesseits des Rheins keine soziologischen Entsprechungen findet und er auch nicht im öffentlichen Diskurs etabliert, geschweige denn durch entsprechende politische oder juristische Regulierungen «institutionalisiert» wäre. Durch die Verwendung des französischen Konzepts wird gegenüber vorschneller sprachlicher Assimilierung bei bleibender semantischer Unklarheit zumindest die nötige ethnographische Distanz gewahrt.

von MigrantInnen, die sich in den architektonisch markanten Siedlungen am Rand der französischen Städte konzentrieren und die als zentrale Akteure bei den «violences urbaines» in Erscheinung treten? Welche Ursachen stehen hinter den Unruhen, die sich ebenso als eine abrupte Eskalation von aufgestauten Erniedrigungen und Gewalt wie als eine spezifische Artikulation von Protest interpretieren lassen? Schließlich stellt sich die Frage, welche Gestalt das Phänomen in anderen Ländern annimmt, wo es die städtischen Unruhen in dieser Form nicht gibt.

In dem Beitrag soll sich diesen Fragen angenähert werden, indem vor dem Hintergrund der knapp dreißigjährigen Geschichte städtischer Ausschreitungen in Frankreich Ursachenkonstellationen im Vergleich zur Situation in Deutschland herausgearbeitet werden. Im Verlauf der Geschichte der französischen Unruhen lassen sich sowohl charakteristische Kontinuitäten, die in der auslösenden Situation und den Akteuren bestehen, als auch Verschiebungen in der Streuung und der Qualität der Gewalt sowie deren Verhältnis zur Politik erkennen (1). Es wird die These ausgeführt, dass die beiden zentralen Ursachenbündel der Unruhen in einer wachsenden sozialräumlichen Ausgrenzung und einer zunehmenden Kontrollpolitik bestehen. Die Implementierung einer rigiden polizeilichen Kontrollpolitik in Frankreich führt dazu, dass die in den Quartieren erhöhten Konfliktpotentiale ein Außen finden, welches den Staat und virtuell den auch in anderen Politikfeldern wachsenden Druck gegenüber benachteiligten Gruppen repräsentiert. In Deutschland sind interne Konflikte in Problemquartieren nicht durch ein entsprechendes Außen überformt und eine homologe Konstellation scheint es am ehesten an Schulen zu geben. Allerdings werden im deutsch-französischen Vergleich weitere Ursachenbündel deutlich, die paradoxerweise (oder gerade nicht) auf die Geschichte und den republikanischen Staat mit seiner partiell stärkeren Verwirklichung von Gleichheit verweisen (2). Abschließend diskutieren wir die Diagnose einer neuen sozialen Frage in den Vorstädten. Es wird argumentiert, dass die Wiederkehr der sozialen Frage heute den Wandel der Wohlfahrtsstaaten als einen zentralen Schauplatz einbezieht und in den Vorstädten eine exponierte, kolonialgeschichtlich und ethnisch überformte Gestalt annimmt (3).

2 Zur Geschichte der «émeutes» in Frankreich²

Vergegenwärtigt man sich die charakteristischen Muster in der Geschichte der französischen Vorstadt-Unruhen, so ist zunächst die auslösende Situation auffal-

lend, die typischer Weise in ernsthaften Zusammenstößen zwischen Polizei oder Sicherheitsbehörden mit BewohnerInnen mit Migrationshintergrund, meist männlichen Jugendlichen, besteht. Solche Zusammenstöße, die oft bereits Bestandteil einer Art Katz-und-Maus-Spiel zwischen Polizei und Jugendlichen bilden und mit einem Mal schwere Verletzungen oder Tod zur Folge haben, stehen keineswegs nur am Anfang der außergewöhnlichen Ausschreitungen im Herbst 2005 (Espaces et Sociétés, 2007; Mouvements, 2006). Der Großteil der anschließend eskalierenden Gewalt richtet sich gegen Objekte und Eigentum in den Siedlungen, wie Autos, Geschäfte und öffentliche Einrichtungen (Schulen, Gemeinschaftseinrichtungen, Jugendclubs). Dass die Gewaltausübung gegen private wie öffentliche Objekte, meist durch deren In-Brand-Setzung, sich überwiegend nachts vollzieht, zeigt die Absicht der Jugendlichen an, unbeobachtet zu agieren und Begegnungen mit der Polizei zu vermeiden. Allerdings bilden Konfrontationen und Straßenkämpfe mit Sicherheitskräften doch einen Teil der Unruhen, die, wie im Kontext der Ereignisse 2007 in Villiers-le-Bel deutlich wurde, in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben (Bronner, 2007).

Umfragen zu den «violences urbaines» und Daten (u. a. aus Gerichtsverfahren) insbesondere zu den Unruhen 2005 bestätigen, dass es sich bei den involvierten Akteuren aus den Quartieren weit überwiegend um männliche Jugendliche – zwischen 14 und 20 Jahren – mit Migrationshintergrund handelt (Kokoreff et al., 2006; Cicchelli et al., 2006; Delon, Mucchielli, 2006; Lagrange, 2006a; siehe auch den Beitrag von Kokoreff in diesem Heft). Sie sind mehrheitlich Migrantennachkommen der zweiten, dritten oder sogar vierten Generation mit französischer Staatsbürgerschaft. Der Migrationshintergrund weist dabei meist auf das Maghreb und auch auf Schwarzafrika zurück. Allerdings bedeutet das nicht, dass angestammte französische sowie weibliche Jugendliche in keiner Weise an den Unruhen teilnehmen. Für 2005, wo weit mehr als die zentralen französischen Einwanderungsregionen wie die Île-de-France und die Lyoner Region betroffen waren, wird von einer bedeutenden Partizipation von Jugendlichen ohne ausländischen Hintergrund in anderen Gebieten berichtet, etwa in der ehemaligen Industrieregion Nord-Pas-de-Calais (Schmidt, 2006). Und die jetzige Staatssekretärin für Stadtpolitik und einstige Gründerin der Frauen-Bewegung aus den Banlieues «Ni putes ni soumises», Fadela Amara, hat geschätzt, dass 10 bis 15 Prozent weibliche Jugendliche bei den Unruhen 2005 beteiligt gewesen waren.

kollektive Erinnerungen und Erfahrungen, die in dieser Weise rechts des Rheins kein Gegenstück finden. Verbunden mit dieser Form städtischer Gewalt ist die Idee der «gefährlichen Klassen», die Frégier, der Pariser Polizeipräsident 1850 in einer bekannten Schrift mit den «arbeitenden Klassen» identifiziert, und diese erscheinen im langfristigen historischen Prozess als ein immer wiederkehrendes Schreckgespenst des bürgerlichen Kollektivbewusstseins, eng verbunden mit dem, auch von der deutschen Tradition einer geordneten Gewerkschaftsbewegung so absteckenden, anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsmilitantismus.

2 Der Ausdruck émeutes würde wohl am ehesten mit Aufruhr oder Unruhe ins Deutsche übersetzt. Auch hier ist wieder daran zu erinnern, dass Begriffe wie dieser in ihrem Kontext semantische Konnotationen aufweisen, die auf eine mehr oder minder lang zurück reichende historische Erfahrung und Diskursgeschichte verweisen. Frankreich, ein Land, das seit der Französischen Revolution durch eine lange Kette an gewaltsamen politischen Revolutionen, Aufständen und Unruhen, symbolisiert im Pariser Barrikadenkampf, gekennzeichnet ist, verbindet mit «émeutes»

Tatsächlich stellen die Sachbeschädigungen und die Konflikte mit der Polizei eine Eskalation von Gewalt dar, die niederschwelliger auch im Alltag der französischen Vorstädte präsent ist. Zu denken ist hierbei nicht nur an den Vandalismus an Gebäuden und Objekten wie Mülleimern und Haltestellen, auch das Anzünden von Autos ist im Verlauf der 90er Jahre zu einer Art Tradition geworden, die ihren jährlichen Kulminationspunkt an Silvester hat. Während bei dem Aufruhr im Herbst 2005 10 000 Fahrzeuge brannten, wurden in den neun vorangehenden Monaten desselben Jahres bereits 28 000 Autos angezündet, im Jahr 2004 waren es knapp 20 000 (Morice, 2005). Konflikte und Auseinandersetzungen mit der Polizei schildern Jugendliche in den Vorstädten in geradezu standardisierter Form: Sie berichten von endlos repetierten Identitätskontrollen, der Präsenz und Provokationen einer Polizei in RoboCop-Look, stellenweise Hausdurchsuchungen und Razzien, Verhaftungen usw. (Mohammed und Mucchielli, 2006; Kokoreff et al., 2006; Espaces et Sociétés, 2007). Es ist anzumerken, dass die Politik des Law and Order und der Zero Tolerance in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends intensiviert wurde, besonders unter Sarkozy als Innenminister (2002/7), der auch die Nahpolizei in den Quartieren abgeschafft hatte, deren Funktion sich zwischen Straßensozialarbeit und ziviler Kontrolle ansiedeln lässt.

Alain Morice (2005) stellt heraus, dass Frankreich eine Akzeleration städtischer Ausschreitungen seit den späten 1990er Jahren verzeichnet. Tatsächlich lassen sich in der bisherigen Geschichte der «violences urbaines» zwei Wellen zeitlich relativ dicht aufeinanderfolgender Unruhen jeweils Anfang der 80er und 90er Jahre ausmachen, die regional in den Stadtregionen von Lyon und Paris ihre Schwerpunkte haben. Um die wichtigsten Aufruhre zu nennen: Der erste ereignete sich 1979 in Vaulx-en-Velin, dann in Les Minguettes 1981 und 1983; Anfang der 90er Jahre war es erneut Vaulx-en-Velin (1990), dann 1991 Val Fourré und 1993 Dammarie-lès-Lys. Ende der 90er Jahre mehrten sich erneut Vorfälle in der Île-de-France, 1998 in Toulouse und seit 1999 verzeichnet Frankreich in einer wachsenden Zahl an Städten jährlich einen Aufruhr. Man kann in den Ereignissen im Herbst 2005 das vorläufig letzte Glied in dieser Kette der Akzeleration und geographischen Ausbreitung sehen. Die Unruhen 2005 waren außergewöhnlich in ihrer Stärke, Dauer und Anzahl an betroffenen Gemeinden in ganz Frankreich. Ausgehend vom Nordosten von Paris (Clichy-sous-Bois) breiteten sie sich auf über 300 Gemeinden aus und während ihrer dreiwöchigen Dauer wurden 10 000 Fahrzeuge und 255 Schulen zerstört bzw. schwer beschädigt. Seitdem ließe sich eine Steigerung lediglich in der Qualität der von den Jugendlichen ausgeübten Gewalt verzeichnen, die sich wie erwähnt 2007 in Villiers-le-Bel sehr viel offener und brutaler (auch unter Einsatz von Schusswaffen) gegen die Polizei richtete. Die veränderte Qualität der Gewalt spiegelt eventuell einen generellen Trend wider, da auch die seit 2006 herausgegebenen Berichte zur Delinquenz in Frankreich eine Steigerung von Gewalt gegen Personen im Verhält-

nis zu Sachbeschädigungen unter der Kategorie «violences urbaines» registrieren (OND, 2007).

2.1 Entpolitisierung der Unruhen

Betrachtet man das Verhältnis zur Politik in dieser knapp dreißigjährigen Geschichte «urbaner Gewalt», so lässt sich eine Entpolitisierung der Unruhen und eine wachsende Kluft zwischen den Akteuren in den Quartieren und den politischen Institutionen beobachten (vgl. Masclet, 2003 und seinen Beitrag in diesem Heft; Lagrange, 2006b). Die Ausschreitungen zu Beginn der 1980er Jahre führten zu einer politischen Bewegung, der sogenannten Bewegung der «Beurs», die ihren symbolischen Anker in dem Protestmarsch 1983 für Gleichheit und gegen Rassismus von Marseille nach Paris hatte. Die Bewegung der Beurs – Beur ist ein Verlain-Ausdruck (Jugend-Spielsprache mit Verkehrung der Silben) für die Jugendlichen mit maghrebinischem Migrationshintergrund – formierte sich im Schatten wachsender Xenophobie und Fremdenfeindlichkeit und berief sich auf die zentralen Werte des republikanischen Staates, «Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit». Man demonstrierte für gleiche Rechte an Wohnungen, Beschäftigung und in der Gesellschaft, es wurden explizite Forderungen wie gleiches Wahlrecht und zehnjährige Aufenthaltstitel für Ausländer formuliert und eine Welle von Vereinsgründungen angestoßen. Unter den gegründeten Assoziationen bildeten sich solche mit nationaler Bedeutung wie *France Plus* und *SOS-Racisme* heraus. Die Bewegung der Beurs stieß in den politischen Institutionen nicht auf taube Ohren, im Gegenteil wurden in der beginnenden Mitterrand-Ära Maßnahmen sozialer und rechtlicher Gleichstellung eingeleitet.

Insbesondere die quartiersbezogene Stadtpolitik, seit Anfang der 90er Jahre dann als «Politique de la ville» einem eigenen Ministerium zugeordnet, wurde sehr direkt von den Unruhen und Protesten Anfang der 80er Jahre stimuliert (Avenel, 2004). So gründete die Regierung im Jahr 1981 eine nationale Kommission zur Verhinderung der Ghettoisierung sozial benachteiligter Quartiere, die zunächst an die 20 Quartiere als «sensibel» und förderungsbedürftig klassifizierte. Gleichzeitig wurden Gebiete mit besonderem schulischen Entwicklungsbedarf bestimmt, die sogenannten «zones d'éducation prioritaire» (ZEP), die mit zusätzlichen Mitteln für LehrerInnen und Lehrmaterial ausgestattet wurden. Es ist allerdings anzumerken, dass der Ursprung der sozialen Quartierspolitik schon vor die 1980er Jahre und die ersten «émeutes» zurückreicht, indem bereits im Jahr 1973 eine Kommission namens «Habitat et vie sociale» zur Evaluation und Aufwertung von Großsiedlungen eingerichtet und 1977 das erste Programm zur Renovierung dieser zentralstaatlich geplanten Siedlungen gestartet wurde (vgl. zur Chronologie Manière de voir, 2006). Anfang der 80er Jahre kam es jedoch zu einer entschiedenen Ausweitung der Quartierspolitik und Fokussierung sozialer und nicht baulicher Entwicklungsziele. Wenn sich seit den späten 80er Jahren eine Entpolitisierung der städtischen Unruhen beobachten lässt, so gilt doch auch für die 90er Jahre und das neue Jahrtausend,

dass die *émeutes* immer wieder Subventionen, neue Programme und Pläne der «Politique de la ville» stimuliert haben. Aus dieser Perspektive betrachtet, haben die Ausschreitungen stets eine politische Dimension behalten.

In den 1990er Jahren bewegten sich die Forderungen im Zusammenhang mit den städtischen Unruhen jedoch mehr und mehr auf kulturelle Dimensionen und Fragen der Identität zu (Loch, 2005, 56–60). Die Akteure in den Quartieren lehnten nun Kooperationen mit der Sozialistischen Partei weitgehend ab, und man drängte auf die Gründung von kulturellen Assoziationen, bei denen politische Motive in den Hintergrund traten. Es lässt sich eine Art Isolation von der institutionalisierten Politik während der 90er Jahre konstatieren, die auch eine Reaktion auf die Erfahrung war, dass zentrale Figuren der Beur-Bewegung eine Karriere in der Sozialistischen Partei angetreten waren und sich für die Situation in den Quartieren nicht mehr sonderlich interessierten. Besonders plastisch ist die politische Isolation schließlich bei den Ereignissen im Jahr 2005. Auch wenn die städtischen Ausschreitungen eine eminent politische Dimension zu haben schienen, traten keine SprecherInnen mit expliziten Forderungen auf die Bühne, während die Ereignisse weltweit durch die Medien pulsierten.

Es lässt sich fragen, ob die Ausschreitungen lediglich eine Eskalation aufgestauter Gewalt und alltäglicher Diskriminierungen ohne politischen Gehalt darstellen. Oder wissen und sehen sich die Akteure am Ende bewusst in der Tradition urbaner Ausschreitungen in Frankreich, was es ihnen erlaubt, keine expliziten Forderungen zu formulieren, da in jedem Fall politische Reaktionen und neue Maßnahmen für die Banlieues zu erwarten sind? Sicherlich wird keine der beiden Alternativen so zutreffen, so wenig diese sich gegenseitig ausschließen. Eine treffende Charakterisierung der Ausschreitungen scheint uns in diesem Zusammenhang Castel (2007) gefunden zu haben, der sie als «Revolte der Hoffnungslosigkeit» bezeichnet.

Tabelle 1: Indikatoren für die 750 «zones urbaines sensibles» (ZUS), Frankreich (%)

	ZUS 1999	Städte mit einer ZUS 1999	ZUS 1990	Städte mit einer ZUS 1990
Unter 20 Jahre	31,5	24,6	33,4	26,2
Ausländer*	16,5	7,8	18,6	9,0
Ohne Schulabschluss	33,1	18,7	39,3	26,8
15–24 Jahre	31,8	21,0	36,7	27,3
Arbeitslosigkeit	25,4	15,3	18,9	11,5
15–24 Jahre	39,5	27,0	28,5	20,0

* Personen ohne französische Staatsbürgerschaft.
Quelle: Insee, 2003.

3 Welche Ursachen?

3.1 Soziale Ausgrenzung und Kontrollpolitik

Die zentralen Ursachen – und wir konzentrieren uns hier auf die zeitlich jüngeren Unruhen – lassen sich in einer zunehmenden Ausgrenzung in Form von sozialräumlicher Segregation und Marginalisierung der BewohnerInnen und Jugendlichen in den Vororten einerseits (1) und einer wachsenden institutionellen Kontrolle und Druck andererseits ausmachen (2).

1. Trotz der relativ umfangreichen sozialen Quartierspolitik Frankreichs verschlechtern sich die Indikatoren der sozialen Segregation und der Lebenslagen von BewohnerInnen, besonders der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, in den randstädtischen Großsiedlungen nachweisbar seit den 1990er Jahren. Dabei ist hervorzuheben, dass ein relativ großer Anteil der BewohnerInnen dieser Siedlungen aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen besteht. Wie in Tabelle 1 deutlich wird, steigt für die Gruppe der 15 bis 24-Jährigen die Arbeitslosigkeit innerhalb der Quartiere, die von der «Politique de la ville» gefördert werden, den sogenannten «zones urbaines sensibles» (ZUS), im Verlauf des letzten Jahrzehnts überproportional an. Bis zum Jahr 2005 ist diese Quote weiter gestiegen und erreicht mittlerweile unter den jungen Männern durchschnittlich 45 Prozent, was vor dem Hintergrund bemerkenswert ist, dass Anfang des neuen Jahrtausends ein Bündel zusätzlicher Programme zur sozialen Stabilisierung der Quartiere verabschiedet worden ist (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Arbeitslosenquote nach Gebietstyp, Alter und Geschlecht 2005 (%)

	Männer			Frauen			Gesamt		
	ZUS	Teile ohne ZUS der Städte mit ZUS	Städte und Gemeinden ohne ZUS	ZUS	Teile ohne ZUS der Städte mit ZUS	Städte und Gemeinden ohne ZUS	ZUS	Teile ohne ZUS der Städte mit ZUS	Städte und Gemeinden ohne ZUS
15–24 Jahre	44,9	22,2	16,5	38,0	23,3	23,2	41,7	22,7	19,2
25–49 Jahre	19,7	8,8	5,7	21,2	10,8	8,5	20,4	9,7	7,0
50–59 Jahre	14,8	7,3	5,3	13,3	7,4	6,5	14,1	7,4	5,8
Gesamt	22,1	9,8	6,6	22,0	11,2	9,3	22,1	10,5	7,8

Quelle: ONZUS, 2006: 5.

Die zusätzliche Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit von Personen mit außereuropäischem Migrationshintergrund verdeutlicht Tabelle 3. Hier zeigt sich, dass selbst in den Jahren von 2003 bis 2005, als die Arbeitslosigkeit unter den EinwanderInnen aus Nicht-EU-Ländern in Frankreich leicht zurückging, diese innerhalb der «zones urbaines sensibles» weiter stieg. Neben die Entwicklung der Arbeitslosigkeit tritt der Trend der Flexibilisierung und Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen,

der, wie Studien sowohl für Frankreich wie andere europäische Länder zeigen, in erster Linie die junge Generation und darunter besonders Personen mit außereuropäischem Migrationshintergrund trifft (Gangl, Müller, 2003; Müller und Scherer, 2003; Beaud und Pialoux, 2003; Économie et Statistique, 2005; Schultheis, 2005). Eine wichtige Risikogruppe auf dem Arbeitsmarkt besteht dabei in Personen ohne Schulabschluss, die infolge erhöhter politischer Anstrengungen im Bildungswesen seit den 80er Jahren in Frankreich insgesamt verkleinert werden konnte. Allerdings spiegelt sich diese Abnahme nur unterproportional in den «quartiers sensibles» wider, und der Abstand zwischen dem Anteil an erfolgreichen AbgängerInnen des Collège innerhalb der ZUS und den übrigen Gebieten verweilt auf hohem Niveau (Tabellen 1 und 4). Neben der Konzentration von Personen, die keine Schul- oder einfache Berufsabschlüsse innehaben, und der Verbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse findet sich in den ZUS außerdem das Phänomen, dass vergleichsweise viele Personen Beschäftigungen unterhalb ihrer Qualifikation ausüben, insbesondere Frauen (ONZUS, 2006, 12–17).

Tabelle 3: Arbeitslosenquote nach Immigrationsstatus und Gebietstyp 2003 und 2005, (%)

	ZUS		Teile ohne ZUS der Städte mit ZUS		Städte und Gemeinden ohne ZUS	
	2003	2005	2003	2005	2003	2005
Kein Immigrant	18,1	19,7	9,5	9,7	7,8	7,6
Immigrant aus EU-Land	*	*	7,2	8,5	7,4	9,4
Immigrant außerhalb EU	26,8	31,7	24,3	21,5	20,8	18,3
Gesamt	19,7	22,1	10,4	10,5	8,0	7,8

* Zu geringe Fallzahlen.
Quelle: ONZUS, 2006: 7.

Tabelle 4: Erfolgreiche AbgängerInnen des Collège 2004–2005 (%)

	Collèges in ZUS	Collèges außerhalb ZUS
Jungen	63,9	77,6
Mädchen	72,4	84,1
Gesamt	68,3	80,9

Quelle: ONZUS, 2006: 113.

den weiteren Kontext einer seit mehr als einem Jahrzehnt eingeschlagenen Politik der institutionellen Kontrolle und des Drucks gegenüber sozial benachteiligten Personen generell und den BewohnerInnen und Jugendlichen der Banlieues im Besonderen gestellt werden (Donzelot, 2006). Wie Untersuchungen von Jobard (2004; vgl. auch den Beitrag in diesem Heft) zeigen, haben seit Mitte der 90er Jahre Strafverfolgungen und Gerichtsverfahren gegenüber Jugendlichen, oft aufgrund geringfügiger Delikte, sowie die polizeiliche Präsenz und Kontrolle in den französischen Vororten deutlich zugenommen. Mittels einer Analyse der Namen der vor Gericht Angeklagten macht Jobard deutlich, dass der starke Anstieg an Verfahren in erster Linie Jugendliche mit Migrationshintergrund aus dem Maghreb und Schwarzafrika betrifft.

Wie erwähnt, wurde die Politik des Law and Order und der Zero Tolerance unter Sarkozy als Innenminister und anschließend als Präsident intensiviert, was sich in verstärkter Präsenz- und Bereitschaftspolizei (CRS), Identitätskontrollen und Ingewahrsamnehmung, Razzien und harten Strafen auch gegenüber kleinen Delikten wie Schwarzfahren spiegelt (vgl. Bronner, 2007). Es ist kaum ein Zufall, dass sich im März 2007, kurz vor den letzten Präsidentschaftswahlen, eine émeute im Pariser Nordbahnhof an einer Fahrkartenkontrolle eines schwarzen Jugendlichen entzündete. In vielen Großsiedlungen am Rand der französischen Städte hat sich eine Art Katz-und-Maus-Spiel zwischen der Polizei und den Jugendlichen etabliert. Interviews mit Jugendlichen nach den Unruhen 2005 zeigen einhellig, dass dieses heikle Verhältnis im Zentrum der Probleme steht (Cicchelli et al., 2006; Kokoreff et al., 2006; Espaces et Sociétés, 2007).

Allerdings müssen im Zusammenhang der gestiegenen institutionellen Kontrolle und des Drucks auch die weiteren Politikfelder der Sozial- und Migrationspolitik berücksichtigt werden (Morice, 2005). Wie in anderen europäischen Ländern besteht der Trend in der französischen Sozialpolitik darin, von Personen mit sozialstaatlicher Unterstützung, insbesondere Arbeitslosen, zu verlangen, sich aktiv in die Gesellschaft zu «re-integrieren», während gleichzeitig die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gerade für Jugendliche vorangetrieben und es schwieriger wird, stabile Beschäftigungsverhältnisse zu finden (Palier und Martin, 2007; Schultheis und Vuille, 2007). Weiter sind in Frankreich, zuletzt unter dem Leitmotiv einer «migration choisie», eine Reihe von restriktiven Novellierungen in der Migrationsgesetzgebung verabschiedet worden (Wihtol de Wenden, 2007; Schierup et al., 2007). Eine restriktivere Zuwanderungspolitik, unter anderem bei der Familienzusammenführung, übt einen oft übersehenen Effekt auf die bereits im Land ansässigen Einwanderergruppen aus, da ihr Verhältnis zu Verwandten und Freunden im Heimatland eingeschränkt wird. Nicht zuletzt die starke Partizipation von Jugendlichen aus subsaharischen Einwandererfamilien bei den Ausschreitungen 2005 ist ein Hinweis darauf, dass die Gesetze bei den Migranten-Communities sehr genau wahrgenommen werden, zumal die Einwanderung aus Schwarzafrika zu den aktuell wichtigen Trends in Frankreich zählt (vgl. Borrel, 2006).

2. Die immer wieder als ausschlaggebend beschriebene Rolle, die Äußerungen des damaligen Innenministers Sarkozys über das «Gesindel», die «Nichtsnutze» und «Ganoven» in den Vorstädten sowie seine Blanko-Verteidigungen des harten und teils provokativen polizeilichen Vorgehens bei den Unruhen 2005 spielten, muss in

3.2 Ursachen- und Problemkonstellationen im deutsch-französischen Vergleich

Angesichts der Ausschreitungen im Herbst 2005 in Frankreich sind in Europa überall Vergleiche angestellt und bilanziert worden. Während lange die innerstädtischen Armutsviertel in den USA als fundamental verschieden und der Atlantik als unüberschreitbare Demarkationslinie gegenüber der Situation in europäischen Ländern gehandelt wurden, schien es nun so, als hätte sich diese Linie mit einem Schlag gleich in das Zentrum Europas verschoben. Entgegen der Behauptung grundlegender Differenzen der französischen «Ghettos» zu den benachteiligten Quartieren in Deutschland wird hier die These vertreten, dass das Ausmaß der sozialen und räumlichen Ausgrenzung in beiden Ländern nur *graduelle* Unterschiede aufweist. Weiter ist analytisch zu unterscheiden zwischen dem Ausmaß der sozialen und räumlichen Ausgrenzung und den ursächlichen Dimensionen, die Unruhen evozieren, auch wenn beide sich in der Wirklichkeit überlagern.

Die Überlagerung von sozialer Ausgrenzung und den Ursachen von Unruhen muss dabei keineswegs in die Richtung verlaufen, dass eine stärkere Ausgrenzung zu einem erhöhten Risiko von Ausschreitungen führt. Der deutsch-französische Vergleich macht dies ebenso deutlich, wie vielschichtige Bedingungen für eine Konflikteskalation sichtbar werden. Auch wenn die Dimensionen der sozialräumlichen Ausgrenzung und Kontrolle die zentralen Ursachen der *émeutes* in den französischen Vorstädten darstellen, werden im Vergleich mit Deutschland, in dessen benachteiligten Vierteln es bisher so gut wie keine solchen Konflikteskalationen gegeben hat, drei weitere Faktoren erkennbar:

Erstens, der koloniale Hintergrund der französischen Gesellschaft und Migration: Es ist kein Zufall, dass es Länder mit einem starken kolonialen Hintergrund wie Frankreich, Großbritannien, Holland oder die USA mit ihrer Geschichte der Sklaverei sind, in denen Konflikte mit ethnischen Minderheiten immer wieder zu Ausschreitungen führen (Jacquier, 2006). Auch die Nachkommen der ImmigrantInnen, selbst wenn sie persönlich nie in koloniale Konflikte involviert waren, tradieren eine Erinnerung dieser Geschichte (Lepoutre und Connoot, 2005). In Frankreich haben Jugendliche mit maghrebinischem Migrationshintergrund nach den Unruhen 2005 berichtet, dass sie auch für ihre Väter kämpften; der alte Konflikt zwischen militärischem Unterdrücker resp. Polizei und Kolonialisierten lebt in gewisser Weise neu auf. Nicht zufällig war die erste Reminiszenz der Ausrufung des Ausnahmezustands bei den Unruhen 2005 der Algerienkrieg. In Deutschland ist die Geschichte der Einwanderung dagegen sehr viel mehr durch ökonomische als durch politische Faktoren bestimmt.

Zweitens, die republikanische Tradition des *ius soli* in Frankreich: Wie gezeigt, sind die Jugendlichen mit Migrationshintergrund überwiegend französische Staatsbürger, denen die Staatsbürgerschaft nach territorialem Prinzip verliehen wurde. Das Versprechen der Gleichheit ist damit stärker als in einem Land wie Deutschland formuliert, wo die Staatsbürgerschaft in der Regel nach einem langwierigen Prozess

der sozialen Integration vergeben wird, sofern sie nachgefragt wird. Bekanntlich hat sich Deutschland erst jüngst offiziell zu einem Einwanderungsland erklärt und eine grundlegende Reformierung des *ius sanguinis* in Richtung des Territorialprinzips verabschiedet.³ Es scheint, dass die Diskrepanz, Staatsbürger auf dem Papier aber sozial marginalisiert, formal besehen Gleicher unter Gleichen, materiell betrachtet aber systematisch von allen wesentlichen Lebenschancen (Weber) ausgeschlossen zu sein, eine empfundene Frustration oder relative Deprivation im Sinne Runcimans zur Folge hat (Tucci, 2004). Der in Frankreich gegenüber Migrantenkindern besser verwirklichte Gleichheitsanspruch in der republikanischen Schule, der in Deutschland schon bei der frühen Weggabelung zur Sekundärstufe faktisch ausgehebelt wird, produziert einen ähnlichen, «perversen» Effekt, denn auch hier ist die Diskrepanz zwischen den Verheißungen der Chancengleichheit und den täglich gemachten Erfahrungen der Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt eine Quelle tiefgehender Frustrationen (vgl. Tucci und Groh-Samberg, in diesem Heft).

Ein *dritter* Unterschied zu Deutschland besteht in der größeren Kluft und der schwächeren Artikulation zwischen den zivilen Akteuren in den Quartieren und den politischen Institutionen des Französischen Staates. Von dieser sich verändernden Artikulation war bereits oben bei der Geschichte der französischen Unruhen die Rede. Auch wenn in einigen der benachteiligten Stadtteile Frankreichs ein dichtes Netzwerk an Vereinen und Assoziationen existiert, so ist doch deren Kommunikation mit dem Zentralstaat weniger entwickelt als in Deutschland, wie Loch (1998) gezeigt hat (vgl. auch die Beiträge von Loch und Neef und Viellard-Baron in diesem Heft). Frankreichs zentralistische Tradition, bei der zivilgesellschaftliche intermediäre Instanzen zwischen Staatsbürger und Staatsmacht traditionellerweise wenig Entfaltungsmöglichkeiten haben, hat eine politische Kultur hervorgebracht, in der angesichts mangelnder Instanzen und Praktiken der gesellschaftlichen Mediation Konflikte und Bruchlinien nur unzureichend präventiv angegangen werden. Andererseits zeigt aber auch die Erfahrung aus 2005, dass in Gebieten mit einem dichten Netzwerk an Assoziationen wie in den nördlichen Stadtteilen von Marseille kaum Ausschreitungen stattfanden.

Diese drei im gesellschaftlichen Vergleich deutlich werdenden Dimensionen zeigen, dass nicht allein das Ausmaß faktischer Marginalisierung, sondern auch geschichtliche Traditionen und paradoxerweise sogar die stärkere Verwirklichung von zumindest formeller Gleichheit zu den Ursachen von Unruhen zählen. Die gängigen sozialwissenschaftlichen Indikatoren zur Identifikation von sozialer Ausgrenzung bilden eben nur eine Seite der gesellschaftlichen Medaille ab. Was Ausgrenzung heißt, bzw. wie sie in der alltäglichen subjektiven Befindlichkeit und Erfahrung von konkreten Menschen erlebt wird, ist immer vermittelt durch gesellschaftliche Repräsentationen von «Normalität», von dem, was einem solch konkreten «Bürger»

³ Zu den Reformen der Staatsbürgerschaftskonzeptionen in Frankreich und Deutschland und deren tendenzieller Annäherung vgl. Hagedorn, 2000.

gerechterweise zusteht oder nicht, was er «vom Leben erwarteten kann» oder was er plausibler Weise als «Zumutung» interpretieren kann. Allerdings bleibt auch und gerade im deutsch-französischen Vergleich die These gültig, dass die sozialräumliche Ausgrenzung und Kontrolle die beiden wichtigsten Ursachenkonstellationen für die städtischen Ausschreitungen darstellen. Die benachteiligten Viertel Deutschlands unterscheiden sich zwar nur graduell von denen Frankreichs, aber die zur Verfügung stehenden Daten und Studien verweisen doch auf ein schärferes und stärker in den randstädtischen Großsiedlungen fokussiertes Ausmaß der Segregation und Benachteiligung in Frankreich. Vergleicht man die für Deutschland zur Verfügung stehenden Daten zu den 392 Vierteln, die im vergleichsweise jungen Bund-Länder-Programm «Soziale Stadt» gefördert werden, mit denen der 750 «zones urbaines sensibles», erhält man davon einen Eindruck:

So liegt die Arbeitslosigkeit in den 392 deutschen Programmgebieten bei durchschnittlich 16 und der Anteil an SozialhilfeempfängerInnen bei 14 Prozent (in den Jahren 2005/2006, DIFU, 2006). Weiter ist in den deutschen Vierteln eine Konzentration von Jüngeren zu konstatieren, indem in 40% der Gebiete die unter 18-Jährigen über 20% der BewohnerInnen ausmachen und mehr als doppelt so stark wie in der restlichen Stadt vertreten sind (ebend.). Ebenso wie die Arbeitslosigkeit liegt diese Konzentration aber recht deutlich unter den Durchschnittszahlen der fast doppelt so vielen französischen Programmgebiete. Überraschend ist vielleicht nur, dass mehr Ausländer in den westdeutschen als in den französischen Vierteln leben (24 Prozent in den westdeutschen, 8 Prozent in den ostdeutschen gegenüber 16,5 Prozent in den französischen Gebieten). Jedoch würde diese Differenz sehr wahrscheinlich überkompensiert, wenn die unterschiedlichen Einbürgerungspraktiken, die sich insbesondere bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund niederschlagen, in der Statistik sichtbar gemacht werden könnten. Gleichwohl ist an dieser Stelle auch hervorzuheben, dass die Vorstellung von homogenen Migrantenvierteln an den Rändern der französischen Städte sich Stilisierungen von Einzelfällen aus den zentralen Einwandererregionen wie der Île-de-France, Lyon oder Marseille verdankt und der allgemeinen Realität nicht gerecht wird. Auch in Frankreich gibt es ähnlich wie in Deutschland viele Regionen, wo der durchschnittliche Anteil an AusländerInnen bei nur drei Prozent liegt (Borrel, 2006).

In beiden Ländern konzentrieren sich in den benachteiligten Quartieren Gruppen mit keinen oder niedrigen Berufsabschlüssen, geringen Einkommen, in Prekarität und Arbeitslosigkeit, und die soziale Benachteiligung überschneidet sich mit einem überproportionalen Anteil an MigrantInnen, MigrantKindern und jungen Personen. Aber zum einen scheint das Ausmaß der Benachteiligung in den französischen Vierteln insgesamt stärker zu sein, und zum anderen ist diese häufiger in den randstädtischen Großsiedlungen gebündelt. Letzteres gilt zumindest gegenüber Westdeutschland, wo nur ca. drei Prozent der Bevölkerung in Großsiedlungen leben und das quantitativ bedeutsamere benachteiligte Quartier in oder nahe der Innenstadt

liegt (Kronauer, 2007; Neef und Viellard-Baron in diesem Heft). In Ostdeutschland hat die zentralistische Planung ähnlich wie in Frankreich einen sehr hohen bzw. noch höheren Anteil an randstädtischen Plattenbauten produziert.⁴ Jedoch ist in diesen Vierteln die Konzentration von benachteiligten Gruppen ein jüngerer, im wesentlichen mit dem Mauerfall beginnendes Phänomen. Selbst wenn das Ausmaß sozialer Marginalisierung hier in Windeseile mit Frankreich vergleichbare Größenordnungen angenommen haben mag, zumal in Ostdeutschland eine vergleichbar hohe Jugendarbeitslosigkeit existiert, so ist wiederum auf einen deutlich geringeren Anteil an EinwanderInnen als markanten Unterschied zu verweisen (Keller, 2007).⁵

3.3 Vom Konfliktpotential in benachteiligten Vierteln zur Eskalation

Ohne differenzierter auf einen Vergleich der Muster städtischer Segregation eingehen zu können, gilt es den entscheidenden Länderunterschied hervorzuheben, der in der in Frankreich ausgeprägten Kontrollpolitik und den Konflikten zwischen Jugendlichen und Polizei besteht. Bei allen graduellen Differenzen zwischen den benachteiligten Quartieren in Frankreich und Deutschland lässt sich auf beiden Seiten des Rheins ein erhöhtes Konfliktpotential in diesen Gebieten diagnostizieren. Die Konflikte haben jedoch in Frankreich durch die Sicherheitspolitik ein Außen gefunden, das in Gestalt der Polizei und Sicherheitskräfte für die Jugendlichen zugleich den Staat verkörpert. Eine derartige Überformung der internen Konflikte lässt sich in Deutschland nicht beobachten.

In einer Untersuchung randstädtischer Großsiedlungen in Ostdeutschland nach der Wende lautet ein zentrales Ergebnis, dass innerhalb dieser zuvor von respektablen Arbeitermilieus dominierten Siedlungen ein symbolischer Statuskampf entfacht worden ist (Keller, 2005). Der soziale Abstieg der Siedlungen nach dem Mauerfall löste gegenseitige symbolische Abgrenzungen und Stigmatisierungen unter den BewohnerInnen aus, bei denen das sich an die Siedlung haftende Stigma und Abwertungen intern stets an andere Bewohner und Straßen weitergereicht wurden. Niemand identifizierte sich mit der negativen Zuschreibung, sondern lenkte sie auf sozial schwächere Gruppen wie «die Sozialhilfeempfänger», die «Trinker» oder «Ausländer» im Viertel. Die sich anschließende These lautet, dass die benachteiligten Quartiere, in denen typischerweise Arbeitermilieus dominierten, zu einem Zentrum von Statuskämpfen und Distinktionen innerhalb der unteren sozialen Schichten geworden sind.

Während Bourdieu (1979) in «La Distinction» noch formulierte, dass nur die Mittel- und Oberschichten an den symbolischen Kämpfen der Nachkriegsgesellschaften teilnehmen, hat die Dynamik der Prekarisierung und Ausgrenzung seit den

4 Heute leben schätzungsweise noch 15 Prozent der Bewohner Ostdeutschlands in randstädtischen Plattenbauten, in Frankreich schätzungsweise acht Prozent (vgl. Tomas, 2003; BMBau, 2001).

5 Die Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen liegt 2005 in Frankreich bei 22,3, in Ostdeutschland bei 20,6 und in Westdeutschland bei 11 Prozent (EUROSTAT; Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit).

1970er Jahren, wie er selbst später in «La misère du monde» (1993) und in seinen «Gegenfeuern» zeigte, den symbolischen Kampf um Status auch in die unteren sozialen Schichten hineingetragen, die strukturell am stärksten von ihr betroffen sind.⁶ Die Statuskämpfe – die eine umkämpfte symbolische Hierarchie an Rängen hervorbringen, an deren unterster Stelle in der Regel die AusländerInnen stehen – haben in den benachteiligten Quartieren eines ihrer Zentren. Aber in Deutschland werden die Konflikte weiterhin primär zwischen BewohnerInnen ausgetragen und es existiert kein verhärteter Konflikt mit einer Instanz, die ein Außen und einen institutionellen Druck repräsentiert. Wenngleich es auch hier vereinzelt zu Konflikteskalationen zwischen Polizei und Jugendlichen in problembelasteten Stadtteilen kommt (Spiegel, 2006), trägt doch die vergleichsweise moderate polizeiliche Kontrollpolitik zu einem weniger aufgeladenen Verhältnis zwischen den Gruppen bei. So hat eine breit angelegte quantitative Studie in zwei westdeutschen Großstädten ergeben, dass sich das Verhältnis zur Polizei weder unter Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund noch in benachteiligten und sozial gemischten Vierteln signifikant voneinander unterscheidet (Oberwittler, 2007). Wenn qualitative Studien dagegen Evidenzen für diskriminierende Praktiken der Polizei gegenüber ethnischen Minderheiten aufzeigen (vgl. Gesemann, 2003; Schweer und Strasser, 2003), so bleibt dennoch im Verhältnis zu Frankreich die Kontrollpolitik der Polizei als moderat einzustufen.⁷

Für die kritische Bedeutung der Kontroll- und Sicherheitspolitik bei der Gewalteskalation in benachteiligten Quartieren sprechen auch weitere Indizien. So zeigt Rocha (2007), dass die Bildung von Jugendgangs, Gewaltkriminalität und -eskalationen in den Armutsvierteln Nicaraguas im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern weitgehend ausgeblieben sind, weil dort über Jahre *keine* Politik des Law and Order implementiert wurde. Zu denken ist weiter an die jüngste Serie von Unruhen in dänischen Quartieren, bei denen die Brände und Ausschreitungen unter Migrantenjugendlichen sogar explizit mit dem Protest gegen eine rassistische Polizei und Justiz verknüpft wurden (taz, 2008). Für die jeweilige Eskalation von Konflikten und Frustrationen in expressive Gewalt scheint entscheidend zu sein, dass eine äußere Instanz, die den Staat und damit auch den institutionellen Druck anderer Politikbereiche auf benachteiligte Gruppen virtuell repräsentiert, nachhaltig präsent ist. Insofern ließe sich homolog für Deutschland an die Serie von Gewalteskalationen an Schulen in den letzten Jahren denken. Hier zumindest scheinen

die soziale Segregation und Marginalisierung von Personen mit einer Institution zusammentreffen, die, einschließlich der LehrerInnen, den Staat repräsentiert.

4 Gesichter der sozialen Frage

Im Jahre 1840 veröffentlichte Frégier, damaliger Polizeichef der Stadt Paris, ein Buch mit dem Titel «Arbeitende Klassen – gefährliche Klassen», in dem er die zutiefst anarchischen Züge der gesellschaftlichen Unterschichten seiner Zeit und die engen Verflechtungen von Kriminalität und Barrikadenkämpfen, Subproletariat und Straßenkampf aufzeigen wollte. Eineinhalb Jahrhunderte später scheint diese soziale Frage, allerdings eher in der Variante «Arbeitslose Klassen – gefährliche Klassen», eine Renaissance zu erleben. In der Zwischenzeit haben städtische Umstrukturierungen wie die «Modernisierungspolitik» Haussmanns Mitte des 19. und der Bau der «grands ensembles» (Großsiedlungen) Mitte des 20. Jahrhunderts die unteren sozialen Schichten immer weiter an den Rand der französischen Städte gedrängt. Aber damals wie heute hat die soziale Frage räumliche Konturen und es wird ihr unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Sicherheit begegnet. Die Bedrohung geht dabei jeweils von Gruppen aus, die in einem variierenden Syndrom als nutzlos und parasitär, amoralisch und kriminell bezeichnet werden (Schultheis, 2006).

Das «Neue» der wiedergekehrten sozialen Frage besteht nach Dubet und Lapeyronie (1992) darin, dass heute Ausgrenzung Ausbeutung ersetzt habe und die marginalisierten Personen nicht einmal mehr ausgenutzt werden, sondern für das Kapital und die Gesellschaft schlicht überflüssig geworden sind (ähnlich Bude und Willisch, 2008). Bourdieu brachte das in seiner Studie «Das Elend der Welt» im Zitat eines lothringischen Arbeitslosen auf den Nenner: «Früher sagte man uns, wenn ihr euch nicht in der Schule anstrengt, kommt ihr für den Rest Eures Lebens da drüben in die Fabrik. Heute gibt es die Fabrik noch nicht einmal mehr.» Doch bei genauerem Hinsehen erscheint selbst diese Hypothese fraglich. Strukturell trifft die Arbeitslosigkeit die gering und mit einfachen Berufsabschlüssen Qualifizierten am stärksten und konzentriert sich, trotz aller Metaphorik von Heterogenität, auch heute bei den Arbeitermilieus (Schultheis und Chauvel, 2003; Groh-Samberg, 2008). Aber selbst in den benachteiligten Stadtteilen ist die Mehrheit der Haushalte erwerbstätig, und unter den Jugendlichen, die in ostdeutschen Plattenbausiedlungen und ihren französischen Pendanten besonders stark vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden, ist Arbeitslosigkeit in der Regel eine Phase innerhalb einer prekären Erwerbsbiographie, mithin kein Dauerzustand, wie vielmehr am ehesten bei den älteren «Ausgemusterten» (Kronauer, 2007).

Die Prekarität und das Changieren zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit war aber auch ein Grundcharakteristikum der arbeitenden Klassen im industriellen Frühkapitalismus, dauerhafte Beschäftigung dagegen die Ausnahme. Nicht zuletzt

6 Diese neuen sozialstrukturellen Verwerfungen innerhalb der negativ privilegierten Schichten lassen sich gleichzeitig als Prozess der «Unterschichtung» im Gefolge von Migration bzw. als «Ethnisierung» gesellschaftlicher Benachteiligungen im Hinblick auf «Lebenschancen» (Weber) aller Art beschreiben.

7 Jérémie Gauthier (CMB), der eine deutsch-französische Vergleichsstudie zur Polizeiarbeit in benachteiligten Stadtteilen durchführt, bestätigt diesen Unterschied. Zur Polizeipolitik in Deutschland und der Implementierung von Zero-Tolerance-Konzepten vgl. Behr (2006) und Feltes (2008).

vor diesem Hintergrund stellte Marx (1988, 658; 673) im «Kapital» als «allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation» auf, dass mit der Ausweitung des Proletariats eine mittelfristig «überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung» entstehe. Die allgemeinen Bedrohungsszenarien und moralischen Abwertungen, wie sie sich nicht zuletzt in Marx' und Engels' Begriff des «Lumpenproletariats» spiegeln, bezogen sich aber damals wie heute vor allem auf die angeblich undisziplinierten und arbeitslosen Teile der unteren Klassen. Hier wird offenbar eine geschichtlich deutlich ältere Tradition aktualisiert, nach der bestimmte Außenseiter und Arme abgewertet und ausgegrenzt werden, weil die Gesellschaft in ihnen im Unterschied zu den als würdig klassifizierten Bedürftigen eine Bedrohung erkennt (Geremek, 1988).

Wie Castel (2000) ausführt, steht die soziale Frage im 19. Jahrhundert am Anfang des geschichtlichen Bogens einer zunehmenden Regulierung und Absicherung der Lohnarbeit. Mit dem Abspringen dieses Bogens und dem Abbau dieser Errungenschaften seit den 1970er Jahren rückt die Lohnarbeit erneut in das Zentrum sozialer Ungleichheiten und Probleme. Jedoch besteht ein entscheidender geschichtlicher Unterschied darin, dass die westeuropäischen Gesellschaften nun ein deutlich höheres Wohlstandsniveau und ausgebaute Wohlfahrtsstaaten besitzen. Die sich abzeichnende soziale Frage dreht sich erneut um die (De-)Regulierung und Verteilung der Lohnarbeit, aber sie stellt zugleich die jeweils national spezifisch ausgeformten wohlfahrtsstaatlichen Kompromisse der Nachkriegsgesellschaften zur Disposition. Es ist diese historisch entstandene Verquickung von Lohnarbeit und gesellschaftlicher Regulierung, welche den Staat unausweichlich zu einem der Schauplätze und Akteure der neuen sozialen Frage macht, während im 19. Jahrhundert soziale Bewegungen erst allgemeine Regulierungen und Absicherungen erkämpfen mussten.

Diesen Unterschied gilt es zu betonen, weil *erstens* die Wohlfahrtsstaaten nicht nur soziale Ungleichheiten zwischen beruflichen Positionen, sondern auch solche zwischen Generationen und Geschlechtern, AusländerInnen und Staatsbürgern sowie zwischen Stadtteilen überformt haben. Moderne Wohlfahrtsregime zeichnen sich durch ein hohes Maß an «Pfadverhaftetheit» (path dependency) aus, d.h. sie tendieren dazu, politische Antworten von gestern auf soziale Fragen von heute zu geben und sich stellende neue Herausforderungen in bereits erprobten und gewohnten Mustern der Bewältigung von Problemen und Krisen wahrzunehmen und anzugehen. Hierbei kommen auch, wie bereits von Lepsius nachdrücklich betont, verfestigte Klientelstrukturen zum Ausdruck: Bei knapper werdenden Mitteln öffentlicher Redistribution werden zunächst jene Gruppen und Kategorien «bedient», die sich Dank gut institutionalisierter Interessenvertretung und effizientem Lobbying Gehör und Gewicht verschaffen, und gerade Gruppen mit geringer Anciennetät im wohlfahrtsstaatlichen Verteilungskampf wie Migranten und Jugendliche, umso mehr denn gerade auch «jugendliche Migranten», zählen hierbei immer noch zur «unsichtbaren Hälfte» der Gesellschaft, die sich oft erst durch spektakuläre öffentliche Auftritte Aufmerksamkeit verschaffen muss, um im gesellschaftlichen Bewusstsein

zu «existieren». Solche Ungleichheiten und Disparitäten werden insofern zu einem wesentlichen Bestandteil der sozialen Frage der Gegenwart (Paugam, 2007). *Zweitens* hat die Logik ausgebauter Wohlfahrtsstaaten, auf die Bevölkerung als Individuen und Haushalte zu rekurrieren, eine Optik und Semantik befördert, die kollektive als individuelle Ungleichheiten zu interpretieren tendiert (Keller, 2005). Auch wenn die Ungleichheiten heute zweifellos auf einem anderen Niveau und geringer als vor 150 Jahren sind, ist die Betonung des Individuellen gegenüber dem Kollektiven zu einem guten Teil ein paradoxes Resultat verallgemeinerter Sozialstaatlichkeit. Schließlich spielen *drittens* Machteliten und Ideologien in staatlichen und suprastaatlichen Institutionen heute eine zentrale Rolle innerhalb des Kräftefelds der Akteure, die um die staatliche (De-)Regulierung der Lohnarbeit und sozialer Ungleichheiten kämpfen.

Die Bedeutung von Ideologien und institutionellen Machteliten für die Metamorphosen der sozialen Frage wird an der europäischen Politik der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit deutlich (Lebaron, Schultheis, 2007). Die Sprache des von Boltanski und Chiapello diagnostizierten neuen Geistes des Kapitalismus, der die Tugenden der «employability», der Flexibilität und Mobilität, des lebenslangen Lernens und der Selbstevaluation preist, liefert hier die Rezepte für die zunächst suprastaatlich implementierten Regulierungen. Auf diesen angesichts des zunehmenden Machtverlustes moderner nationalstaatlich verfasster *welfare regimes* rasch an Bedeutung gewinnenden Ebenen suprastaatlicher Regulierung wird die Idee der Vollbeschäftigung zu einer Art selbstevidenten Referenz und jedwede zu ihr hinführende arbeitsmarktpolitische Intervention in der Logik neoliberalen *bench marking* und *best practice* als Schritt in die richtige Richtung gelobt, ob es sich hierbei um die Schaffung solider qualifizierter Arbeitsplätze oder um durch künstliche staatliche Anreize geschaffene kurzfristige, gering qualifizierte «junk jobs» handelt. Der Diskurs der employability verschiebt die Idee einer wohlfahrtsstaatlichen Garantie eines «Rechts auf Arbeit» hin zur individuellen Verantwortung dafür, sich selbst auf dem freien Markt Nachfrage nach dem eigenen Humankapital zu suchen oder zu schaffen. Diese radikale Kehrtwende in der gesellschaftlichen Repräsentation von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten trifft die junge Generation, gerade wenn sie für einen solchen sozialdarwinistischen Konkurrenzkampf angesichts schlechter Ausstattung mit schulischem und sozialem Kapital schlecht ausgerüstet ist, ganz besonders schutzlos (Schultheis, 2005).

Aber auch weitere Felder wie die Migrationspolitik und die Sozialpolitik werden von der Ideologie der ökonomischen Nützlichkeit und employability erobert, und institutionelle Eliten wähen sich im Glauben an die sachliche Richtigkeit, wenn sie schnell und effizient gesetzliche Realitäten schaffen. Freilich ist diese Ideologie längst nicht mehr nur ein Kennzeichen unternehmerischer und institutioneller Eliten, sondern sie hat bei weiten Teilen der Bevölkerung Akzeptanz gefunden. Auch in Phasen ökonomischer Entspannung, wie in den letzten Jahren in Deutschland,

scheint sie weiter zu diffundieren und implizit die Bereitschaft zu erhöhen, gesellschaftlich als nutzlos klassifizierbare Gruppen wie Hartz-IV-Empfänger abzuwerten (Heitmeyer und Endrikat, 2008).

Vor dem Hintergrund dieser Erwägungen erscheinen die Probleme in den französischen Vorstädten tatsächlich als eine exponierte Gestalt der sozialen Frage der Gegenwart. Die negativen Konsequenzen der Deregulierung und Neuverteilung der Lohnarbeit treffen in Form von Prekarität und Arbeitslosigkeit die hier konzentrierten, strukturell fragilen Bevölkerungsschichten, die neben geringen Abschlüssen und manuellen Berufen auch häufig das Merkmal tragen, einer Familie mit außereuropäischer Herkunft und der jungen Generation anzugehören. Zugleich zeitigen die wohlfahrtsstaatlichen Reformen hier direkt spürbare Konsequenzen und die BewohnerInnen werden neben der Ideologie der ökonomischen Nützlichkeit mit einer fokussierten Sicherheitspolitik konfrontiert. Wachsende Ausgrenzung und zunehmender institutioneller Druck treffen wie unter einem Brennglas zusammen und entzünden seit den späten 90er Jahren immer häufiger Explosionen von urbaner Gewalt. Eine homologe Problemkonstellation scheint es in Deutschland aus den gezeigten Gründen bisher am ehesten an den Schulen zu geben, selbst wenn empirische Studien hier einen durchschnittlich nur mäßigen oder sogar gar keinen Anstieg von Gewalt innerhalb des letzten Jahrzehnts eruieren (vgl. Hurrelmann und Bründel, 2007; Fuchs et al., 2005).

Es handelt sich bei den französischen Banlieues wohl um eine soziohistorische Konfiguration, die ebenso weit von den Zuständen amerikanischer Ghettos wie jenen deutscher Vorstädte entfernt sein dürfte: Beide Begriffe treffen sie nur halb, sind entweder zu apokalyptisch oder zu harmonistisch, und um die heutige Situation in diesen unwirtlichen städtischen Zonen begreifen, d.h. verstehend nachvollziehbar machen zu können, bedürfte es auch einer historischen Langfristbetrachtung, bei der die Entstehung des sogenannten «roten Gürtels» rund um Paris im Gefolge der «Haussmannisierung», d.h. der Schaffung des modernen Paris im zweiten Kaiserreich, als Ausgangslage für die Schaffung der spezifisch «französischen» Form der sozialen Ausgrenzung qua geographischer Segregation verstanden werden könnte. Auch müsste man hier der besonderen Migrationsgeschichte Frankreichs seit Ende des Algerienkrieges mehr Aufmerksamkeit schenken als in diesem Rahmen möglich, um nachzuvollziehen, wie viel das aktuelle gesellschaftliche Drama der Banlieues sich dem Umstand verdankt, dass es das postkoloniale Dilemma vor der eigenen Haustür verkörpert und die Widersprüche im Umgang mit dieser besonderen sozialen Frage ähnlich wie im US-amerikanischen Falle der Überlagerung von sozialer Frage und weiterhin schwelender «Rassenproblematik» immer auch auf das eigene kollektive Unbewusste beim Umgang mit Geschichte verweisen.

Die weiteren Entwicklungen und Metamorphosen der sozialen Frage sind und bleiben in jeden Fall eine eminent politische Frage. Werden in Deutschland bald Sicherheits- und Kontrollpolitiken à la Sarkozy adaptiert, wie es sich zuletzt

während des Wahlkampfes in Hessen unter einer möglichen Mehrheit von Roland Koch ankündigte? Orientiert sich Frankreich bei der Reform seines Sozialsystems tatsächlich konsequent am Modell der deutschen Hartz-Reformen? Bleiben die von den deutschen und französischen Innenministern Schäuble und Sarkozy einmal ausgearbeiteten Vorschläge für eine europäische Migrationspolitik anschlussfähig? Solche durchaus tagespolitischen Fragen spielen, entgegen der scheinbaren Indifferenz politischer Regulation, eine wegweisende Rolle für eine friedliche oder gewalteskalierende Entwicklung sozialer Probleme. Sie implizieren die Frage von Bündnissen zwischen verschiedenen sozialen Milieus und von Trägern von Protest, in Frankreich etwa zwischen den jungen Erwachsenen der Gymnasien und Universitäten, die gegen die Prekarisierung des Arbeitsmarktes protestieren, wie 2006 gegen die neuen Ersteinstellungsverträge (CPE), und den Jugendlichen der Banlieues, die nachts ohne Parolen und ver mummt auf die Straße ziehen und Autos anzünden. Beide Gruppen verbindet den Wandlungen des Arbeitsmarktes in besonderer Weise ausgesetzt zu sein und eine spezifische Form des Protests zu artikulieren. Zugleich jedoch trennen sie Welten einer unterschiedlichen sozialen Zukunft und die symbolische Macht, die stets die Arbeitslosen und sozial Schwachen als «racaille» und «casseurs» etikettiert.

5 Literaturverzeichnis

- Avenel, Cyprien. 2004. *Sociologie des quartiers sensibles*. Paris: A. Colin.
- Beaud, Stéphane and Michel Pialoux. 2003. *Violences urbaines, violence sociale*. Paris: Fayard.
- Behr, Rafael. 2006. *Polizeikultur*. Wiesbaden: VS Verlag.
- BMBau (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen) (Hrsg.). 2001. *Läuft die Platte leer? Möglichkeiten und Grenzen von Strategien zur Leerstandsbekämpfung in Großsiedlungen*. Berlin: köthen GmbH.
- Borrel, Catherine. 2006. Enquêtes annuelles de recensement 2004 et 2005. *Insee Première*, 1098, August.
- Bourdieu, Pierre. 1979. *La Distinction*. Paris: Minuit.
- Bourdieu, Pierre et al. 1993. *La misère du monde*. Paris: Éditions du Seuil.
- Bronner, Luc. 2007. Les émeutes de 2007 ne ressemblent pas à celles de 2005. *Le Monde*, 28 November.
- Bude, Heinz and Andreas Willisch (Hrsg.). 2008. *Exklusion. Die Debatte über die «Überflüssigen»*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Castel, Robert. 2000. *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- Castel, Robert. 2007. *La discrimination négative. Citoyens ou indigènes?* Paris: Seuil.
- Cicchelli, Vincenzo, Olivier Galland, Jacques de Maillard, and Séverine Misset. 2006. *Enquêtes sur les violences urbaines. Comprendre les émeutes de novembre 2005: L'exemple d'Aulnay-sous-Bois. Centre d'analyse stratégique*. Paris: CAS.

- Delon, Aurore and Laurent Mucchielli. 2006. *Les mineurs émeutiers jugés au tribunal de Bobigny*. CLARIS, 1: 5–15.
- DIfU (Deutsches Institut für Urbanistik). 2006. *Dritte bundesweite Befragung Programmgebiete «Soziale Stadt» Endbericht zur Auswertung*. Berlin: difu.
- Donzelot, Jaques. 2006. *Quand la ville se défait*. Paris: Seuil.
- Dubet, François. 1987. *La galère: jeunes en survie*. Paris: Fayard.
- Dubet, François and Didier Lapeyronie. 1992. *Les quartiers d'exil*. Paris: Seuil.
- Économie et Statistique. 2005. *Retour sur la relation formation-emploi*. No. 388–389.
- Espaces et Sociétés. 2007. *Émeutes en banlieues: lectures d'un événement*. 128–129 (1–2).
- Feltes, Thomas. 2008. «Null Toleranz für Deutschland?» In Hans-Jürgen Lange (Hrsg.), *Kriminalpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag. (forthcoming)
- Fuchs, Marek, Siegfried Lamnek, Jens Luedtke, and Nina Baur. 2005. *Gewalt an Schulen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gangl, Markus and Walter Müller (Hrsg.). 2003. *Transitions from Education to Work in Europe: the Integration of Youth into EU Labour Markets*. Oxford: University Press.
- Geremek, Bronislaw. 1988. *Geschichte der Armut: Elend und Barmherzigkeit in Europa*. München: Artemis.
- Gesemann, Frank. 2003. «Ist egal ob man Ausländer ist oder so – jeder Mensch braucht die Polizei.» In Axel Groenemeyer and Jürgen Mansel (Hrsg.), *Die Ethnisierung von Alltagskonflikten*. Opladen: Leske+Budrich.
- Groh-Samberg, Olaf. 2008. *Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur*. Wiesbaden: VS Verlag. (forthcoming)
- Hagedorn, Heike. 2000. «Das Ende eines Gegensatzes: Konvergenz der deutschen und französischen Einbürgerungspolitik.» In Bernhard Santel and Hermann Schock (Hrsg.), *Einwanderung im Spiegel sozialwissenschaftlicher Forschung*. Opladen: Leske+Budrich.
- Heitmeyer, Wilhelm and Kirsten Endrikat. 2008. «Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für «Überflüssige» und «Nutzlose»» In Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hurrelmann, Klaus and Heidrun Bründel. 2007. *Gewalt an Schulen*. Weinheim, Basel: Beltz.
- Insee. 2003. *Quartiers de la politique de la ville*. Paris: Insee.
- Jacquier, Claude. 2006. *Comment font-ils ailleurs? Supplément au Le Monde: Banlieues un an après*. No. 19207.
- Jobard, Fabien. 2004. Der Ort der Politik. Politische Mobilisierung zwischen Aufstandsversuchung und Staatsgewalt in einer Pariser Vorstadt. *Berliner Journal für Soziologie*, 3: 319–338.
- Keller, Carsten. 2005. *Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung*. Frankfurt, New York: Campus.
- Keller, Carsten. 2007. La population des grands ensembles de l'ex-RDA. Fractionnement social et luttes pour la respectabilité. *Espaces et Sociétés*, 128–129(1–2): 87–101.
- Kokoreff, Michel, Pierre Barron, and Odile Steinauer. 2006. *Enquêtes sur les violences urbaines. Comprendre les émeutes de novembre 2005: L'exemple de Saint-Denis*. Centre d'analyse stratégique. Paris: CAS.
- Kronauer, Martin. 2007. Revolte in den Banlieues. Anmerkungen aus deutscher Sicht. *Prokla* 37(149): 569–578.
- Lagrange, Hugues. 2006a. «Autopsie d'une vague d'émeutes.» In Lagrange, Hugues and Marco Oberti (Hrsg.), *Émeutes urbaines et protestation. Une singularité française*. Paris: Sciences Po.
- Lagrange, Hugues. 2006b. «La structure et l'accident.» In Lagrange, Hugues and Marco Oberti (Hrsg.), *Émeutes urbaines et protestation. Une singularité française*. Paris: Sciences Po.

- Lagrange, Hugues and Marco Oberti (Hrsg.). 2006. *Émeutes urbaines et protestation. Une singularité française*. Paris: Sciences Po.
- Lebaron, Frédéric and Franz Schultheis. 2007. «Vers un État social européen? Les enseignements de la politique européenne de lutte contre le chômage des jeunes.» In Serge Paugam (Hrsg.), *Repenser la solidarité*. Paris: PUF.
- Lepoutre, David and Isabelle Cannoodt. 2005. *Souvenirs de familles immigrées*. Paris: Odile Jacob.
- Loch, Dietmar. 1998. «Soziale Ausgrenzung und Anerkennungskonflikte in Frankreich und Deutschland.» In Heitmeyer, Wilhelm et al. (Hrsg.), *Die Krise der Städte*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Loch, Dietmar. 2005. *Jugendliche magrebischer Herkunft zwischen Stadtpolitik und Lebenswelt*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Masclat, Olivier. 2003. *La gauche et les cités*. Paris: La Dispute.
- Manière de voir. 2006. *Banlieues: trente ans d'histoire et de révoltes*. No. 89.
- Marx, Karl. 1988. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Marx Engels Werke, tome 23. Berlin: Dietz.
- Mohammed, Marwan, Laurent Mucchielli. 2006. La police dans les quartiers populaires: un vrai problème! *Mouvements*, 44.
- Morice, Alain. 2005. Les émeutes urbaines d'octobre-novembre 2005 en France: comprendre avant de juger. *Pajol*. (<http://pajol.eu.org/article905.html>).
- Mouvements*. 2006. Émeutes, et après? No. 44.
- Müller, Walter and Stefani Scherer (Hrsg.). 2003. *Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen*. Frankfurt, New York: Campus.
- Oberwittler, Dietrich. 2007. The Effects of Neighbourhood Poverty on Adolescent Problem Behaviours: A Multi-level Analysis Differentiated by Gender and Ethnicity. *Housing Studies*, 22(5): 781–803.
- OND (Observatoire national de délinquance). 2007. *Rapport de l'Observatoire national de délinquance*. Saint-Denis-La-Plaine.
- ONZUS (Observatoire national des Zones urbaines sensibles). 2006. *Les indicateurs commentés. Rapport 2006*. Paris: France-Repro.
- Palier, Bruno and Claude Martin. 2007. From «a Frozen Landscape» to Structural Reforms: The Sequential Transformation of Bismarckian Welfare Systems. *Social Policy & Administration, Editorial: Reforming the Bismarckian Welfare Systems*, 41(6): 535–554.
- Paugam, Serge. 2007. Les fondements de la solidarité. In Serge Paugam (Hrsg.), *Repenser la solidarité*. Paris: PUF.
- Rocha, José Luis. 2007. Strategies to confront youth violence – Experiences from Nicaragua and Central America. *International Conference on youth violence in Loccum*, November 2007 (<http://www.loccum.de/material/interpol/jugendgewalt/rocha.pdf>).
- Schierup, Carl-Ulrik, Peo Hansen, and Stephen Castles. 2006. *Migration, Citizenship, and the European Welfare State*. Oxford: University Press.
- Schmidt, Bernard. 2006. *Politische Ethnizitäts- (und Konfessions-)Bezogenheit, Streben nach gesellschaftlicher Gleichheit und politisches Engagement in Frankreichs Banlieues*. (unpublished manuscript).
- Schultheis, Franz. 2005. «Splendeurs et misères de la jeunesse sous le règne du nouvel esprit du capitalisme.» In *Jeunesse d'aujourd'hui - Analyse sociologique de la jeunesse et des jeunes dans une société en mutation rapide*. Genève: Ed. du SRED.
- Schultheis, Franz. 2006. «Reproduktion in der Krise: Fallstudien zur symbolischen Gewalt.» In Barbara Friebertshäuser et al. (Hrsg.), *Reflexive Erziehungswissenschaft*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Schultheis, Franz and Louis Chauvel. 2003. Le sens d'une dénégration: L'oubli des classes sociales en Allemagne et en France. *Mouvements*, 26: 17–26.

- Schultheis, Franz and Michel Vuille (Hrsg.). 2007. *Entre flexibilité et précarité - Regards croisés sur la jeunesse*. Paris : L'Harmattan.
- Schweer, Thomas and Hermann Strasser. 2003. «Die Polizei – dein Freund und Helfer?!» In Axel Groenemeyer and Jürgen Mansel (Hrsg.), *Die Ethnisierung von Alltagskonflikten*. Opladen: Leske+Budrich.
- Spiegel*. 2006. Kiez-Keilerei - schwere Vorwürfe gegen Polizei. Spiegel Online, 15 November, 2006 (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,448621,00.html>).
- taz (Die tageszeitung)*. 2008. Aufstand in Kopenhagens Migrantenvierteln. 18 February.
- Tomas, Francois. 2003. «La place des grands ensembles dans l'histoire de l'habitat social français.» In Francois Tomas, Jean-Noel Blanc, and Mario Bonilla, *Les grands ensembles, une histoire qui continue...*, Saint-Étienne: Publications de l'Université.
- Tucci, Ingrid. 2004. Konfliktuelle Integration? Die sozialen Konsequenzen der Lage der türkischen Bevölkerung in Deutschland und der nordafrikanischen Bevölkerung in Frankreich. *Berliner Journal für Soziologie*, 3: 299–317.
- Wihol de Wenden, Catherine. 2007. *Histoire des étrangers et de l'immigration en France : La politique française d'immigration 1945–2005* (unpublished manuscript).